

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2010 — 1669

[2010/202453]

**19. APRIL 2010 — Krisendekret**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. MAI 2009  
ÜBER DIE HAUSHALTSORDNUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT*

**Artikel 1** - In Artikel 104 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird folgender § 3 eingefügt:

«§ 3 - Falls die Subventions- oder Dotationszahlungen eines bestimmten Jahres nicht wahrheitsgetreu belegt werden oder gegen die zum Erhalt der Zahlung auferlegten Bedingungen verstoßen wird, können die betroffenen Summen von den Zahlungen des nächsten Jahres abgezogen werden.»

**Art. 2** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 107.1 eingefügt:

*«Art. 107.1 - Übergangsbestimmung*

Entgegen anderslautender Bestimmungen kann die Regierung die Auszahlungsmodalitäten der über den Haushalt 2009 zu zahlenden Subventionen und Dotationen dahin gehend bestimmen, dass der für das Haushaltsjahr 2009 festgelegte Zuschuss oder die Dotation bis zum 31. Dezember 2009 vollständig ausbezahlt wird.»

**KAPITEL 2 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 9. MAI 1988 ZUR ÜBERNAHME GEWISSER PERSONALMITGLIEDER DES NATIONALEN KINDERHILFSWERKS SOWIE ZUR REGELUNG DER BETREUUNG VON KINDERN BIS ZU 12 JAHREN**

**Art. 3** - Die Überschrift des Dekrets vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002 wird durch folgende Überschrift ersetzt: "Dekret über die Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren und über den Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern".

**Art. 4** - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

*«Art. 6 - Wer entgegen den Bestimmungen von Artikel 4 ein Kind unter 12 Jahren beherbergt, wird mit einem Bußgeld von 26 bis 100 Euro belegt.»*

**Art. 5.** Artikel 6bis desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 21. Januar 1991, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Februar 2006 und vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt abgeändert:

a) in den Absätzen 1 und 2 wird die Wortfolge "Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens" durch die Wortfolge "Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern" ersetzt;

b) in Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "von Artikel 38 des Dekrets über die Jugendhilfe vom 20. März 1995" durch die Wortfolge "der Artikel 32 und 33 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen" ersetzt;

c) in Absatz 1 Nummer 4 wird die Ziffer "25" gestrichen;

2. § 2 wird wie folgt ersetzt:

«§ 2 - Die Mittel des Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern können für Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im deutschen Sprachgebiet haben, für folgende Zwecke genutzt werden:

1. Gewährung von direkter Hilfe oder von rückzahlbaren oder nicht rückzahlbaren Zuschüssen an werdende Müttern in Konfliktsituationen, um die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern, soweit finanzielle Nöte die Konfliktsituation mit verursacht haben;

2. Übernahme von Kosten, die im Rahmen einer internen oder internationalen Adoption entstehen;

3. Übernahme von Sonderauslagen und Auslagen für kulturelle, sportliche und schulische Aktivitäten, die in Anwendung von Artikel 25 § 1 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen genehmigt wurden.»;

3. es wird folgender § 3 eingefügt:

«§ 3 - Die Regierung legt das Antragsverfahren und die mit dem Antrag einzureichenden Dokumente fest. Sie ernennt die Entscheidungsbefugten des Fonds.

Die Entscheidungsbefugten können die Intervention oder die Übernahme der in § 2 Nummern 1-3 erwähnten Kosten oder Hilfen unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen an Auflagen binden.»

**Art. 6** - Artikel 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 7. Mai 1990, abgeändert durch das Dekret vom 21. Januar 1991, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 7 - Die Entscheidungsbefugten des Fonds tragen Sorge für die vertrauliche Behandlung personenbezogener Daten. Personenbezogene Daten dürfen nur mit schriftlichem Einverständnis der von den Daten betroffenen Person und in dem Maße weitergegeben werden, wie dies für die Gewährung von Hilfen, die Kostenübernahme oder die Kontrolle beziehungsweise zur Vermeidung von Mehrfachleistungen erforderlich ist.

Nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren seit der letzten Hilfsmaßnahme sind personenbezogene Unterlagen zu vernichten, wenn keine besonderen Rechtsvorschriften dem entgegenstehen.

Jeder Entscheidungsbefugte hat die zweckentsprechende Verwendung und gegebenenfalls die Einhaltung des durch die Regierung festgelegten jährlichen Höchstbetrags durch ein Register unter Berücksichtigung des Datenschutzes nachzuweisen.»

#### KAPITEL 3 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 15. DEZEMBER 2008 ÜBER DIE FINANZIERUNG DER GEMEINDEN UND ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZENTREN DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

**Art. 7** - Artikel 3 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 3 - Betrag der Gemeindedotation

§ 1 - Die Gemeindedotation des Haushaltsjahrs 2010 wird wie folgt berechnet: Ein Betrag von 15.687.832,53 Euro wird angepasst an die Entwicklungsrate des Jahres 2009 und dann um 1.306.000 Euro erhöht. Die so erhaltene Summe wird angepasst an die Entwicklungsrate des Jahres 2010 und dann um zwei Prozent gekürzt.

Ab dem Haushaltsjahr 2011 wird dieser Betrag jährlich der Entwicklungsrate angepasst.

Bei einer Erhöhung des Grundbetrags der Dotation, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region gewährt wird in Ausführung der Dekrete der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Juni 2004 und der Wallonischen Region vom 27. Mai 2004 über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der untergeordneten Behörden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, wird die Gemeindedotation entsprechend angepasst.

§ 2 - Die in § 1 erwähnte Entwicklungsrate entspricht im Jahr 2009 der Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des Haushaltsjahrs 2009. Ab dem Jahr 2010 entspricht diese Entwicklungsrate der Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betroffenen Haushaltsjahrs, erhöht um ein Prozent.

Bis zur definitiven Festlegung des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex eines Haushaltsjahrs erfolgt die Anpassung der Beträge aufgrund der geschätzten Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betroffenen Haushaltsjahrs, wie im Wirtschaftshaushalt vorgesehen, im Sinne von Artikel 108 Buchstabe g des Gesetzes vom 21. Dezember 1994 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen.

§ 3 - Die Gemeindedotation wird gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets über eine Einnahmendotation und eine Ausgabendotation an die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets verteilt.»

**Art. 8** - Artikel 14 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 - Die Sozialhilfedotation des Haushaltsjahrs 2010 wird wie folgt berechnet: Ein Betrag von 1.743.092,50 Euro wird angepasst an die in Artikel 3 § 2 erwähnten Entwicklungsraten der Jahre 2009 und 2010 und dann um zwei Prozent gekürzt.

Ab dem Haushaltsjahr 2011 wird dieser Betrag jährlich der in Artikel 3 § 2 erwähnten Entwicklungsrate angepasst.»

#### KAPITEL 4 — BESCHÄFTIGUNG

**Art. 9** - Den Handelsgesellschaften und natürlichen Personen, die eine selbstständige kommerzielle Tätigkeit ausüben und ihren Betriebssitz oder eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet haben, kann gemäß den von der Regierung festzulegenden Bedingungen im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel ein auf maximal ein Jahr beschränkter Zuschuss für die Einstellung von Arbeitnehmern gewährt werden, die:

1. älter als 50 Jahre sind;
2. als unbeschäftigte Arbeitssuchende beim Arbeitsamt eingetragen sind;
3. höchstens Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind.

**Art. 10** - In Artikel 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, abgeändert durch die Dekrete der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 2000, vom 17. Mai 2004 und vom 11. Mai 2009, wird folgende Nummer 13 eingefügt:

“13. Artikel 9 des Krisendekrets vom 19. April 2010 sowie dessen Ausführungserlasse.”

**Art. 11** - Artikel 3 des Dekrets der Wallonischen Region vom 16. Juli 1998 bezüglich der Bedingungen für die Zulassung und Bezuschussung der Eingliederungsbetriebe, aufgehoben durch das Programmdekret vom 23. Oktober 2000, wird in Kapitel II desselben Dekrets wie folgt wieder aufgenommen:

“Art. 3 - Der Minister kann unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Anträge auf Zulassung und Bezuschussung als Eingliederungsbetrieb genehmigen.”

#### KAPITEL 5 — UNTERRICHTSWESEN

**Art. 12** - Artikel 2bis des Dekrets vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge “der Kontrollleinrichtung” durch die Wortfolge “der Kontrollleinrichtung oder eines von der Regierung mit der Durchführung der Kontrolluntersuchungen beauftragten Arztes” ersetzt;

2. in § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge “bei der Kontrollleinrichtung” durch die Wortfolge “bei der Kontrollleinrichtung oder bei einem von der Regierung mit der Durchführung der Kontrolluntersuchungen beauftragten Arzt” ersetzt;

3. in § 3 wird die Wortfolge "Die Kontrolleinrichtung" durch die Wortfolge "Die Kontrolleinrichtung oder ein von der Regierung mit der Durchführung der Kontrolluntersuchungen beauftragter Arzt" ersetzt.

**Art. 13** - Artikel 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird wie folgt ersetzt:

«Die Entscheidung des Kontrollarztes gilt als definitiv. Ein seitens des Personalmitglieds vor einer Gerichtsbarkeit eingeleiteter Einspruch gegen die Entscheidung des Kontrollarztes hat keine aufschiebende Wirkung.»

**Art. 14** - Artikel 5 Absatz 5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 1998, ist aufgehoben.

**Art. 15** - Artikel 48bis des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 48.1 - Projekte in den Grundschulen

Für pädagogische Projekte erhält der Schulträger für alle seine Grundschulen zusammen entsprechend der Gesamtschülerzahl folgende Anzahl Stellen:

1. von 1 bis 599 Schülern: eine Viertelstelle,
2. von 600 bis 899 Schüler: zwei Viertelstellen,
3. von 900 bis 1 199 Schülern: drei Viertelstellen,
4. von 1 200 bis 1 499 Schülern: vier Viertelstellen,
5. von 1 500 bis 1 799 Schülern: fünf Viertelstellen.»

**Art. 16** - In Artikel 68 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "in den Artikeln 69 und 70" durch die Wortfolge "in Artikel 70" ersetzt.

**Art. 17** - Artikel 69 desselben Dekrets wird aufgehoben.

**Art. 18** - In Artikel 70 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird die Zahl "69" durch die Zahl "68" ersetzt.

**Art. 19** - Artikel 71 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 71 - Verwendung

Der Unterricht in Religion kann von einem Primarschullehrer erteilt werden, wenn das Einverständnis des betreffenden Kultusträgers, falls es ihn gibt, des Schulträgers und des betreffenden Lehrers vorliegt.

Der Unterricht in nichtkonfessioneller Sittenlehre kann von einem Primarschullehrer mit dessen Einverständnis und dem des Schulträgers erteilt werden.

Die Unterrichtsstunden für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre werden in der Niederlassung verwendet, deren Schülerzahl Anrecht auf diese Stunden gibt.»

**Art. 20** - Artikel 105 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 105 - Regelung ab dem 1. September 2014

§ 1 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe I werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle I/A besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen oder im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach diesem Datum erstmalig in den Dienst treten.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe I werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle I/B besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als zwei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe I werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle I/B/1 besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens zwei und weniger als drei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe I werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle I/D besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens drei Jahren aufweisen.

§ 2 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+ werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II+/A besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen oder im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach diesem Datum erstmalig in den Dienst treten.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+ werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II+/B besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als zwei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+ werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II+/B/1 besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens zwei und weniger als drei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+ werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II+/D besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens drei Jahren aufweisen.

§ 3 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe II werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II/A besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen oder im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach diesem Datum erstmalig in den Dienst treten.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II/B besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als zwei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II/B/1 besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens zwei und weniger als drei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II/B/2 besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens drei und weniger als fünf Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle II/D besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens fünf Jahren aufweisen.

§ 4 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe III werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle III/A besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen oder im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach diesem Datum erstmalig in den Dienst treten.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle III/B besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als drei Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle III/B/1 besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens drei und weniger als fünf Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle III/B/2 besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens fünf und weniger als sieben Jahren aufweisen.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III werden ab dem 1. September 2014 gemäß der Gehaltstabelle III/D besoldet, falls sie zum 1. September 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens sieben Jahren aufweisen.»

**Art. 21** - Artikel 106 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 106 - Regelung für den Zeitraum vom 1. September 2013 bis zum 31. August 2014

§ 1 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe I, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle I/C besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe I, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als zwei Jahren aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle I/C/1 besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe I, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens zwei Jahren aufweisen, werden gemäß der Gehaltstabelle I/D besoldet.

§ 2 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle II+/C besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als zwei Jahren aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle II+/C/1 besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens zwei Jahren aufweisen, werden gemäß der Gehaltstabelle II+/D besoldet.

§ 3 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe II, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle II/C besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als zwei Jahren aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle II/C/1 besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens zwei Jahren aufweisen, werden gemäß der Gehaltstabelle II/D besoldet.

§ 4 - Die Personalmitglieder der Diplomstufe III, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von weniger als einem Jahr aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle III/C besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr und weniger als drei Jahren aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle III/C/1 besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens drei und weniger als fünf Jahren aufweisen, werden während des Zeitraums dieses Dienstalters gemäß der Gehaltstabelle III/C/2 besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III, die im Zeitraum vom 1. September 2013 bis 31. August 2014 ein finanzielles Dienstalter von mindestens fünf Jahren aufweisen, werden gemäß der Gehaltstabelle III/D besoldet.»

**Art. 22** - Artikel 107 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 107 - Regelung für den Zeitraum vom 1. September 2009 bis zum 31. August 2013

Vorliegende Regelung gilt für den Zeitraum vom 1. September 2009 bis zum 31. August 2013.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe I werden gemäß der Gehaltstabelle I/D besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II+ werden gemäß der Gehaltstabelle II+/D besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe II werden gemäß der Gehaltstabelle II/D besoldet.

Die Personalmitglieder der Diplomstufe III werden gemäß der Gehaltstabelle III/D besoldet.»

**Art. 23** - In dasselbe Dekret, abgeändert durch die Dekrete vom 23. März 2009, 11. Mai 2009 und 25. Mai 2009, wird folgender Titel II.1, der die Artikel 111.1-111.5 umfasst, eingefügt:

«TITEL II.1 — DAS URLAUBSGELD FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES UNTERRICHTSWESENS

Art. 111.1 - Anwendungsbereich.

Vorliegender Titel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden,
2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden.

*Art. 111.2 - Begriffsbestimmungen.*

Für die Anwendung des vorliegenden Titels versteht man unter:

1. Referenzjahr: das Jahr, das dem Jahr, in dem der Jahresurlaub gewährt wird, vorausgeht;
2. laufendes Jahr: das Jahr, in dem der Jahresurlaub gewährt wird;
3. Besoldung: die Entlohnung, das Gehalt oder die Entschädigung beziehungsweise Zulage, die anstelle der Besoldung oder des Gehalts gewährt wird, wobei Wohnungs- oder Ortszulage einbegriffen sind;
4. vollständiger Monat: der Monat, in dem sich die geleisteten Dienste von Beginn bis Ende erstrecken;
5. teilzeitige Dienste: Dienste, die keinen Stundenplan abdecken, den eine vollständige Tätigkeit in der Regel in Anspruch nimmt.

*Art. 111.3 - Berechnung des Urlaubsgelds.*

§ 1 - Die in Artikel 111.1 angeführten Personalmitglieder haben ein Recht auf Urlaubsgeld, das aufgrund folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{B \times G \times P}{12}$$

G = indexierte Jahresbruttobesoldung, der auf der Grundlage des Betrags berechnet wird, der dem Personalmitglied für den Monat März des laufenden Jahres bei Vollzeitbeschäftigung zusteht. Bezieht das Personalmitglied im Monat März des laufenden Jahres keine Besoldung mehr, da es nicht mehr im Dienst ist, entspricht "G" der Jahresbruttobesoldung, die dem Personalmitglied für den letzten Monat des laufenden Jahres oder des Vorjahres zustand, in dem es im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig war, multipliziert mit dem Index des Monats März des laufenden Jahres.

P = der Prozentsatz, der für die Personalmitglieder der verschiedenen Stufen wie folgt festgelegt ist:

1. für die Stufen IV und III: 92%
2. für die Stufe II: 92%
3. für die Stufe II+:
  - a) 80% in den Jahren 2010, 2011 und 2012
  - b) 85% ab dem Jahr 2013
4. für die Stufe I:
  - a) 75% in den Jahren 2010, 2011 und 2012
  - b) 80% ab dem Jahr 2013

B = Beschäftigungsverhältnis, das je nach Personalkategorie gemäß folgender Formel berechnet wird:

1. für die in den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten bzw. subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren definitiv ernannten bzw. eingestellten Personalmitglieder, die in den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten bzw. subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren zeitweilig bezeichneten bzw. eingestellten Personalmitglieder sowie das vertraglich eingestellte Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonal:  $B = (T: 360) \times (S: V)$

T = Anzahl effektiv während des Referenzjahres geleisteter Tage, wobei ein vollständig geleisteter Monat 30 Tage umfasst und die Anzahl der effektiv während des Referenzjahres geleisteten Tage in keinem Fall 360 Tage überschreitet

S = effektiv erbrachte Wochenstundenanzahl

V = zu erbringende Wochenstundenanzahl bei einer Vollzeitbeschäftigung

2. für die in den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten bzw. subventionierten Unterrichtseinrichtungen zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitglieder:  $B = (T: 300) \times (S: V)$

T = Anzahl effektiv während des Referenzjahres geleisteter Tage wobei ein vollständig geleisteter Monat 30 Tage umfasst und die Anzahl der effektiv während des Referenzjahres geleisteten Tage in keinem Fall 300 Tage überschreitet.

S = effektiv erbrachte Wochenstundenanzahl

V = zu erbringende Wochenstundenanzahl bei einer Vollzeitbeschäftigung

3. für die Jungdiplomierten: Bei einem Personalmitglied, das zum Ende des Referenzjahres noch keine 25 Jahre alt ist, wird auf dessen Antrag hin innerhalb des Referenzjahres ebenfalls die Zeitspanne vom 1. Januar bis zum Dienstantritt berücksichtigt, wenn es seinen Dienst spätestens am letzten Arbeitstag einer Zeitspanne von vier Monaten antritt, die dem Zeitpunkt folgt, an dem das Personalmitglied seine Studien, die Anrecht auf Kindergeld geben, beendet hat, oder die dem Zeitpunkt folgt, an dem der Lehrvertrag des Personalmitglieds endete. Der entsprechende Antrag ist bis spätestens 31. Mai des laufenden Jahres beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzureichen. Das Beschäftigungsverhältnis wird im Fall der Jungdiplomierten gemäß folgender Formel berechnet:

$$B = (T: Z) \times (S: V) \times ((Y + Z): 360)$$

T = Anzahl effektiv zwischen dem Dienstbeginn und der Änderung des Dienstverhältnisses geleisteter Tage, wobei ein vollständig geleisteter Monat 30 Tage umfasst und die Anzahl der effektiv während des Referenzzeitraums September bis Dezember geleisteten Tage in keinem Fall 120 Tage überschreitet.

Z = Anzahl effektiv geleisteter Tage zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember des Referenzjahres, wobei ein vollständig geleisteter Monat 30 Tage umfasst und die Anzahl der effektiv während des Referenzzeitraums September bis Dezember geleisteten Tage in keinem Fall 120 Tage überschreitet

S = effektiv erbrachte Wochenstundenanzahl

V = zu erbringende Wochenstundenanzahl bei einer Vollzeitbeschäftigung

Y = Anzahl Tage zwischen dem 1. Januar des Referenzjahres und dem Dienstantritt des Personalmitglieds.

§ 2 - Bei der in § 1 angeführten Berechnung des Urlaubsgelds werden folgende Zeitspannen berücksichtigt:

1. die Zeitspannen, für die ganz oder teilweise eine Besoldung gewährt wird;
2. die Zeitspanne eines Elternschaftsurlaubs;
3. die Zeitspanne der Abwesenheit im Rahmen einer Geburt, wie in Artikel 39 des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 vorgesehen;
4. die Zeitspanne der Abwesenheit aufgrund einer konzertierten Arbeitsniederlegung;

5. die Zeitspanne, während der das Personalmitglied seinen Dienst nicht antreten konnte oder eine Aussetzung erfolgte aufgrund der am 30. April 1962 koordinierten Milizgesetze oder der koordinierten Gesetze vom 20. Februar 1980 über das Statut der Wehrdienstverweigerer, mit Ausnahme der Wiedereinberufung als Disziplinarmaßnahme.

§ 3 - Das in Anwendung von § 1 ermittelte Urlaubsgeld wird gegebenenfalls auf den höheren Eurocent aufgerundet.

§ 4 - Die Zuordnung der Personalmitglieder zu den in § 1 angeführten Stufen erfolgt in der Anlage III anhand der Dienstpostentabellen.

*Art. 111.4 - Zeitpunkt der Auszahlung.*

Die Auszahlung des Urlaubsgelds erfolgt im Monat Mai oder Juni des laufenden Jahres.

*Art. 111.5 - Einbehaltung.*

Auf das Bruttourlaubsgeld erfolgt eine Einbehaltung in Höhe von 13,07%.»

**Art. 24** - Artikel 123 Absatz 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Der Artikel 106 tritt am 1. September 2013 in Kraft.»

Absatz 6 desselben Artikels wird wie folgt ersetzt:

«Der Artikel 105 tritt am 1. September 2014 in Kraft.»

**Art. 25** - Die Anlage I desselben Dekrets wird durch die Anlage I des vorliegenden Dekrets ersetzt.

**Art. 26** - In dasselbe Dekret wird die Anlage II des vorliegenden Dekrets als Anlage III eingefügt.

#### KAPITEL 6 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 27** - Artikel 93 Absatz 2 Buchstabe c) und Artikel 94 § 1 Absatz 5 des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2009, sind aufgehoben.

**Art. 28** - Der Erlass der Regierung vom 8. Januar 2004 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens und des subventionierten Unterrichtswesens, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 13. April 2006 und 19. Juni 2007, wird aufgehoben.

**Art. 29** - Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 2, der mit Wirkung vom 1. November 2009 in Kraft tritt.

#### ANLAGE I

##### Gehaltstabellen - Beträge in EUR Tabellen der Jahresklasse (24 Jahre)

##### I/D

- ab dem 1. September 2009

21.432,68 - 37.268,55

01 (1) × 73,79

02 (1) × 698,04

11 (2) × 1.306,00

##### I/C

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014

22.056,94 - 37.268,55

10 (2) × 1.382,87

01 (2) × 1.382,91

##### I/C/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014

21.432,68 - 37.268,55

01 (1) × 624,26

10 (2) × 1.382,87

01 (2) × 1.382,91

##### I/B

- ab dem 1. September 2014

22.056,94 - 37.268,55

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

##### I/B/1

- ab dem 1. September 2014

21.432,68 - 37.268,55

01 (1) × 624,26

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

#### ANLAGE I

**I/A**

- ab dem 1. September 2014

22.889,27 - 37.268,55

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

**Tabellen der Jahresklasse (22 Jahre)****II+/D**

- ab dem 1. September 2009

17.009,78 - 29.229,68

01 (1) × 56,52

02 (1) × 551,95

01 (2) × 905,30

01 (2) × 922,18

10 (2) × 923,20

**II+/C**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014

17.505,21 - 29.229,68

11 (2) × 977,03

01 (2) × 977,14

**II+/C/1**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014

17.009,78 - 29.229,68

01 (1) × 495,43

11 (2) × 977,03

01 (2) × 977,14

**II+/B**

- ab dem 1. September 2014

17.505,21 - 29.229,68

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

**II+/B/1**

- ab dem 1. September 2014

17.009,78 - 29.229,68

01 (1) × 495,43

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

**II+/A**

- ab dem 1. September 2014

18.165,79 - 29.229,68

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

**II/D**

- ab dem 1. September 2009

16.600,39 - 26.595,21

01 (1) × 46,41

02 (1) × 529,92

01 (2) × 728,63

01 (2) × 729,34

10 (2) × 743,06

**II/C**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014

17.083,89 - 26.595,21

12 (2) × 792,61

**II/C/1**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014

16.600,39 - 26.595,21

01 (1) × 483,50

12 (2) × 792,61

**II/B**

- ab dem 1. September 2014  
17.083,89 - 26.595,21  
01 (1) × 644,68  
11 (2) × 738,88  
01 (2) × 738,96

**II/B/1**

- ab dem 1. September 2014  
16.600,39 - 26.595,21  
01 (1) × 483,50  
01 (1) × 644,68  
11 (2) × 738,88  
01 (2) × 738,96

**II/B/2**

- ab dem 1. September 2014  
16.600,39 - 26.595,21  
01 (1) × 46,41  
01 (1) × 529,92  
01 (1) × 551,85  
11 (2) × 738,88  
01 (2) × 738,96

**II/A**

- ab dem 1. September 2014  
17.728,57 - 26.595,21  
11 (2) × 738,88  
01 (2) × 738,96

**Tabellen der Jahresklasse (20 Jahre)****III/D**

- ab dem 1. September 2009  
16.337,89 - 24.087,30  
01 (1) × 0  
01 (1) × 130,64  
01 (1) × 303,00  
13 (2) × 562,79

**III/C**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014  
16.813,75 - 24.087,30  
12 (2) × 559,50  
01 (2) × 559,55

**III/C/1**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014  
16.337,39 - 24.087,30  
01 (1) × 476,36  
12 (2) × 559,50  
01 (2) × 559,55

**III/C/2**

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. August 2014  
16.337,39 - 24.087,30  
01 (1) × 130,64  
01 (2) × 345,72  
12 (2) × 559,50  
01 (2) × 559,55

**III/B**

- ab dem 1. September 2014  
16.813,75 - 24.087,30  
01 (1) × 634,48  
12 (2) × 510,69  
01 (2) × 510,79

**III/B/1**

- ab dem 1. September 2014  
16.337,39 - 24.087,30  
01 (1) × 476,36  
01 (1) × 634,48  
12 (2) × 510,69  
01 (2) × 510,79

**III/B/2**

- ab dem 1. September 2014

16.337,39 - 24.087,30

01 (1) × 130,64

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

**III/A**

- ab dem 1. September 2014

17.448,23 - 24.087,30

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

**ANLAGE II****ANLAGE III**

<b>Gehaltstabelle</b>	<b>Erlasskode</b>	<b>Stufe</b>
542	411	I
518		I
801	495	I
166	180	I
504	270	I
527	455	I
501	415	I
505	193	I
508	275	I
511	471	I
344	185	I
516	485	I
515	475	I
545	193/1	I
509	429	I
506	460	I
165	190/1	I
313	190/1	I
502	422	I
521	422	I
817	496	I
417	340	I
418	245	I
514	475	I
578	270/1	I
179	208/5	I
180	209/2	I
149	209/3	I
150	210/1	I

Gehaltstabelle	Erlasskode	Stufe
665	Dekret vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule	I
I/D	Dekret vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs	I
I/C	Dekret vom 21. April 2008	I
I/C/1	Dekret vom 21. April 2008	I
I/B	Dekret vom 21. April 2008	I
I/B/1	Dekret vom 21. April 2008	I
I/A	Dekret vom 21. April 2008	I
322		II+
596		II+
171	206/2	II+
422	216	II+
301	216	II+
121	109	II+
158	143	II+
337	316	II+
152	315	II+
345	211	II+
198	143	II+
162	145	II+
124	113	II+
428	144	II+
163	146	II+
148	209/1	II+
312	245	II+
178	208/3	II+
212	212	II+
164	167	II+
159	150	II+
315	330	II+
414	255	II+
248	248	II+
231	231	II+
316	260	II+
318	350	II+
147	208/4	II+
336		II+
381	216/1	II+
201		II+
106	152	II+
346	245	II+
174	207/3	II+
348		II+
302	222	II+
177	208/1	II+
304	240	II+
311	240	II+
800	290	II+

Gehaltstabelle	Erlasskode	Stufe
305	226	II+
347	340	II+
194	152/1	II+
335	220	II+
147	208/4	II+
162	145	II+
351		II+
726		II+
II+/D	Dekret vom 21. April 2008	II+
II+/C	Dekret vom 21. April 2008	II+
II+/C/1	Dekret vom 21. April 2008	II+
II+/B	Dekret vom 21. April 2008	II+
II+/B/1	Dekret vom 21. April 2008	II+
II+/A	Dekret vom 21. April 2008	II+
361	109/1	II
727	206/2	II
197	144	II
255	206/1	II
176		II
469	206/2	II
125	030	II
183	206/2	II
256		II
191	144/1	II
157	143/1	II
182	206/3	II
122	020	II
199	020	II
151	015	II
II/D	Dekret vom 21. April 2008	II
II/C	Dekret vom 21. April 2008	II
II/C/1	Dekret vom 21. April 2008	II
II/B	Dekret vom 21. April 2008	II
II/B/1	Dekret vom 21. April 2008	II
II/B/2	Dekret vom 21. April 2008	II
II/A	Dekret vom 21. April 2008	II
964	ER (Regierungserlass) 13.02.2003	III
068	ER 13.02.2003	III
073	ER 13.02.2003	III
942	ER 13.02.2003	III
969	ER 13.02.2003	III
067	ER 13.02.2003	III
963	ER 13.02.2003	III
153		III
968	ER 13.02.2003	III
III/D	Dekret vom 21. April 2008	III
III/C	Dekret vom 21. April 2008	III
III/C/1	Dekret vom 21. April 2008	III
III/C/2	Dekret vom 21. April 2008	III
III/B	Dekret vom 21. April 2008	III

Gehaltstabelle	Erlasskode	Stufe
III/B/1	Dekret vom 21. April 2008	III
III/B/2	Dekret vom 21. April 2008	III
III/A	Dekret vom 21. April 2008	III
371	Dekret vom 21. April 2008	IV
372	Dekret vom 21. April 2008	IV
373	Dekret vom 21. April 2008	IV
374	Dekret vom 21. April 2008	IV

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 19. April 2010

K.-H. LAMBERTZ  
Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden  
O. PAASCH  
Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung  
Frau I. WEYKMANS  
Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus  
H. MOLLERS  
Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

Fußnote

*Sitzungsperiode 2009-2010*

*Nummerierte Dokumente:*

27 (2009-2010) Nr. 1 Entwurf + Addendum.

27 (2009-2010) Nr. 2 Abänderungsvorschläge + Erratum.

27 (2009-2010) Nr. 3 Bericht.

27 (2009-2010) Nr. 4 Gutachten des Staatsrats zu den Abänderungsvorschlägen I-III.

27 (2009-2010) Nr. 5 Zusatzbericht.

*Ausführliche Berichte:*

1. Februar 2010 Nr. 8 Diskussion und Abstimmung.

19. April 2010 Nr. 10

TRADUCTION

#### MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2010 — 1669

[2010/202453]

#### 19 AVRIL 2010. — Décret de crise

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

#### CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — MODIFICATION DU DECRET DU 25 MAI 2009 RELATIF AU REGLEMENT BUDGETAIRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 104 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone est complété par le § 3 rédigé comme suit :

« § 3. Si les subventions ou dotations liquidées pour une année déterminée ne sont pas étayées par des justificatifs véritables ou si les conditions de liquidation ne sont pas remplies, les sommes concernées peuvent être déduites des montants de l'année suivante. »

**Art. 2.** Dans le même décret, il est inséré un article 107.1 rédigé comme suit :

« Art. 107.1. *Disposition transitoire.*

Pour les subventions et dotations à liquider à charge du budget 2009, le Gouvernement peut, nonobstant toute disposition contraire, fixer les modalités de liquidation de manière à ce que la subvention ou dotation déterminée pour l'année budgétaire 2009 soit complètement liquidée pour le 31 décembre 2009 au plus tard. »

**CHAPITRE 2. — MODIFICATION DU DECRET DU 9 MAI 1988 VISANT LA REPRISE DE CERTAINS MEMBRES DU PERSONNEL DE L'ŒUVRE NATIONALE DE L'ENFANCE ET PORTANT REGLEMENTATION DE L'HEBERGEMENT D'ENFANTS DE MOINS DE DOUZE ANS**

**Art. 3.** L'intitulé du décret du 9 mai 1988 visant la reprise de certains membres du personnel de l'Œuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, modifié par le décret du 7 janvier 2002, est remplacé par ce qui suit :

« Décret relatif à l'accueil d'enfants de moins de douze ans et au Fonds pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants. »

**Art. 4.** L'article 6 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6. Celui qui accueille un enfant de moins de 12 ans en violation des dispositions de l'article 4 est passible d'une amende de 26 à 100 EUR. »